

Ercheit täglich
von 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33
Sperrstunden der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Freitag 4—6 Uhr.

Wer in Rücksicht eines andern Besondere nicht für die Redaction nicht
Veränderung der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochentagen die
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Fällen für Inf.-Anträge:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.
Dankb. Briefe, Katharinenstr. 18. p.
am bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk.,
incl. Belegblätter 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 25 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Inserate 5gep. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Sach nach höherem Tarif.
Kladden unter den Rubricen
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind früh am d. Expeditions-
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro anno
oder durch Postnachnahme.

№ 127.

Mittwoch den 7. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Frau Johanne Christiane Bödrechtshausen, am 2. April c. hier verstorben, hat in ihrem letzten Willen dem hiesigen Krankenhaus zu St. Jacob ein Legat von 1600 Mark, drei Monate nach ihrem Ableben fällig und hienach zu zahlen, ausgesetzt.
Wir bringen Dies hiermit unter dem Ausdruck unseres Dankes zur öffentlichen Kenntniss.
Leipzig, den 2. Mai 1879.
Der Nach der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Richter.

Aufruf

an die selbstständigen Handwerker Leipzigs und der Umgegend.

Die unterzeichnete Gewerdekammer hat in ihrer jüngst abgehaltenen Sitzung beschlossen, sowohl die zeitgemäße Belebung bereits bestehender Innungen wie die Errichtung neuer derartiger Verbände auf Grund der Reichs-Gewerbe-Ordnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fördern zu helfen.
In Folge dessen ergeht an alle diejenigen, welche gleiche oder verwandte Gewerbe selbstständig betreiben, die Aufforderung, sich, gleichviel ob unter dem Namen „Innung“, „Genossenschaft“ oder dergl., zur Abwehr ihrer gemeinsamen Interessen zu vereinigen.

Da wo alte und neue Innungen eines Gewerbes nebeneinander bestehen, rathen wir, etwa vorhandene Differenzen gütlich zu beilegen und sich im eigenen, wohlverstandenen Interesse einseitlich zu verbinden.
Alle Corporationen aber werden ersucht, der unterzeichneten Kammer mitzutheilen, in welcher Weise deren Verhältnisse zur Erreichung des Zweckes beansprucht wird.

Wir können und würden nicht daran glauben, daß — wie uns von mancher Seite entgegen gehalten wird — unsere selbstständigen Handwerker der Sinn für corporative Zusammengehörigkeit so sehr abhanden gekommen sein soll, daß sie nur noch durch das Zwangsgebot des Zwanges zusammengehalten werden können.

Daß unsere Gewerbe-Ordnung wie alle menschlichen Einrichtungen ihre Schwächen hat und in gar mancher Beziehung verbesserungsbedürftig ist, wird von uns nicht verkannt. Wir vermögen aber denen nicht ohne Weiteres beizubilligen, die da behaupten, daß auf dieser Grundlage, d. i. auf dem Boden freier, unbeschränkter Ueberfreiheit, gewerbliche Verbände sich nicht entwickeln können.

Die eigenen Angelegenheiten auf Grund selbstgegebener Gesetze selbst leiten und übermachen zu können, ohne behördlicher Einmischung ausgelehrt zu sein, das ist ein Stück der Selbstregierung, die ja oft und dringlich für unser Vereinsleben begehrt wurde.

Ein in den Hauptgrundlagen gleichmäßiges Grundgesetz mit energischen dabei aber gerechten Bestimmungen über Aufnahme, Prüfung und Vorphaltung der Lehrlinge, die Legitimation der Gesellen und Gehilfen, Regelung des jetzigen Creditwesens, das sind u. a. Anknüpfungspunkte, denen gegenüber der Einzelne halt- und machlos dahebt, wo nur die Corporationen wirksam einzutreten vermögen.

Auf solcher Grundlage, meinen wir, müßten sich, bei nur einigermaßen rechter Einsicht und gutem Willen, die geledeten Bande wieder fester knüpfen lassen zum Segen der Gewerbe im Allgemeinen und zum Nutzen der Selbstthätigen im Besonderen.

Wer also, sei es bezüglich bereits bestehender oder zu errichtender corporativer Verbände, unsere Wünsche in Anspruch zu nehmen gesehnt ist, der scheue sich nicht, seine Wünsche an uns gelangen zu lassen. Wir werden bereit, soweit es in unseren Kräften steht, gern bereit sein, zur Erreichung derselben beizutragen.
Leipzig, im Mai 1879.

Die Gewerdekammer.
W. Häckel, Vorsitzender. Herzog, Secretair.

Bekanntmachung.

Bezug Reinigung des Locals der Rath-Stiftungsbuchhalterei bleibt dieselbe Donnerstag den 8. Mai d. J. geschlossen.
Leipzig, den 5. Mai 1879.
Des Rath's Binnung-Deputation.

Bekanntmachung.

Die zur vormaligen Angermühle am Rauschbader Steinweg gehörigen Baulichkeiten sollen in 3 Theilungen, nämlich
1) das Mühlgebäude mit den daranstoßenden Nebengebäuden,
2) das Wohngebäude mit den daranstoßenden Nebengebäuden,
3) das im Mühlhofe querverlaufende Stallgebäude,
Freitag den 16. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr
im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 20, 2. Stockwerk, auf den Abdruck ver-
käuflig werden.
Die Versteigerungsbedingungen nebst Situationsplan liegen in unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Stock-
werk) zur Einsichtnahme aus, auch werden die Mählgebäude
Donnerstag den 15. Mai d. J. Vormittags von 10—12 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr
zur Besichtigung geöffnet sein.
Leipzig, den 30. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Gerutti.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

Die für den 17. Mai d. J. gekündigte Abtheilung Nr. 23 der obigen Fleischhalle soll zur ander-
weitigen Vermiethung von diesem Zeitpunkt an unter den üblichen Bedingungen
Sonnabend, den 10. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr
an Rathsthele verkäuflig werden.
Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhaus-
saale, 1. Etage, eingesehen werden.
Leipzig, den 19. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Gerutti.

Bekanntmachung.

Die Klempner, Tackelwerk, Tischler, Glaser- und Schlosserarbeiten zu dem Neubau einer Schule
allhier sollen je mit Einschluß der Materialien im Wege der Submission unter Vorbehalt der Auswahl
und der Entschließung in der Sache an Unternehmer vergeben werden.
Die Autographien, Blankets und Ausführungsbestimmungen liegen bei Herrn Architekt G. Moritz in
Leipzig, Bonntowstraße Nr. 5, zur Einsicht bereit und können dort in Empfang genommen werden.
Die Offerten sind unterschrieben, versiegelt und portofrei und mit der Aufschrift „neue Schule zu
Connewitz“ und Bezeichnung der betreffenden Arbeit versehen, bis spätestens
den 16. Mai c. Abends 5 Uhr
im Gemeinde-Amt allhier abzugeben.
Connewitz, am 3. Mai 1879.
Der Schulvorstand.
Gm.-Vorstand Sege, Vorsitzender.

Der Lohn des Centrums.

Berlin, 5. Mai. In der heutigen Generaldebatte über den Polltarif hat der Abg. Eugen Richter ohne jeden Zweifel den Vorgesetzten auf dem ganzen wirtschaftlichen und Finanzgebiete, seine populäre und gleichzeitig sachmännliche Darstellungsweise, die Logik und prägnante Art, mit welcher er die Reformpläne des Reichsanstalters zerlegte und ihre praktische Durchführung als unmöglich darthut, der wahrhaft patriotische Geist, der an vielen Stellen der Rede zum Durchbruch gelangte, dies Alles und mehr gestaltete seine heutige Rede zu einer der bedeutendsten Randgebungen der beiden liberalen Fractionen, welche die Freihandelspartei im Reichstage bilden. Die Rede Richter's wird nicht anders wie als ein Programm der heutigen Opposition betrachtet werden können, für das die gesamte liberale Partei eintreten muß, wenn sie überhaupt noch einen maßgebenden Factor in unseren gesetzgebenden Körperschaften bilden will. Der Wunsch vieler Abgeordneten ist deshalb erklärlich, diese Rede in zahlreichen Exemplaren gedruckt und unter den Wählern verbreitet zu sehen. Denn darüber herrscht kein Zweifel mehr, daß von dem Augenblicke an, wo sich der Reichsanstaltler mit den bittersten Feinden des Liberalismus, den Conservativen und Ultramontanen, verbindet, der Einfluß für immerdar gebrochen ist, den seit der Errichtung des deutschen Reiches die nationalliberale Partei auf die Regierung ausgeübt hat. Wer die Veräppelung zwischen der Wilhelmstraße und den Ultramontanen immerhin leitet, ob es die protestantischen Pietisten waren, deren Namen man uns nennt, oder der heilige Vater selbst, der sich in einem eigenhändigen Briefe an den Reichsanstaltler gewendet haben soll, um ihm die Unterwerfung des Centrums anzuzeigen, das ist von dem Zeitpunkt an völlig irrelevant, wo der Abg. Windthorst (Weppen) vom Reichsanstaltler feierlichst in seiner parlamentarischen Würde eingeführt worden ist. Das bricht das Siegel auf die nunmehrige Dienstbarkeit des Centrums und die nächste Auflösung dieser confessionellen Partei, die nur in dieser ihrer Thätigkeit die Quelle all des reichsfeindlichen Gedröhrens fand, welches den Kanzler zu den wichtigsten Schlägen veranlaßte, die er und der Minister Hall gegen die Ultramontanen führten. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, wie lange noch der preussische Cultusminister Dr. Falk auf seinem Posten bleibt. Daß seine Verabschiedung als einer der Briefe bezeichnet wird, mit denen der Kanzler den Ultramontanen ihre Zustimmung zu den Zoll- und Steuererlagen abkauft, ist erklärlich.

Wiederholt griff Richter die schwächliche und egoistische Umkehr des Centrums in scharfen Worten an und wies ihm nach, was es der neu-erworbene Freundschaft schon in nächster Zukunft zu verdanken haben werde. Augenblicklich ist der kleine Weppener der Vertraute des großen Staatsmannes und im israelischen Lager schmeichelt man sich, daß der ehemalige hannoversche Minister als Lohn seiner Vermittelung in das preussische Cabinet berufen werden dürfte. Auf die Rede Richter's einzugehen, würde hier zu weit führen und wir verweisen deshalb die Leser auf den Parlamentsbericht. Es sei nur noch erwähnt, daß der Finanzminister Hübner mit einigen wenig glücklichen Wendungen seine jüngsten Argumente gegen die finanzielle „Zukunftsmusik“ des Fürsten Bismarck bekräftigte und der Abg. von Kardorff abermals den Beweis führte, wie die Schulzöllner keinen Redner in ihren Reihen haben, der nur einigermaßen den freihändlerischen Rednern nachkommt.

Berlin, 5. Mai. Das gegenwärtige politische Verhalten des Centrums bedarf zur Erklärung nicht der Annahme von Jagständernissen, welche Fürst Bismarck dem Papste bereits gemacht oder in feste Aussicht gestellt hätte. Der Umstand freilich, daß Verhandlungen zwischen ihm und dem Reichsanstaltler zu Stande kommen, kann den leidenschaftlichsten seiner Anhänger mit einem viel-oder auch nichtschlagenden Hinweis auf die Rißfänger Anknüpfung und deren zwar recht lang sich hin- und herziehenden, aber doch keineswegs abgebrochenen Fortgang Stillschweigen und Geduld auferlegen. Gründe jedoch für eine gewisse vorsichtige Begünstigung der augenblicklichen Würde des Reichsanstaltlers hat es auch sonst genug. Zunächst schon in der Belegenheit seines Wahlzuges, die ziemlich mit der stürmischen Verbreitung schauzöllnerischer Interessen und Ideen zusammenfällt — Rheinland, Westfalen, Schlesien und Bayern. Dann in dem Bildungsstande der ihm folgenden Massen, welchen es eigen ist, Alle Wirtschaftssysteme der neueren vorzuziehen. Endlich aber in der Lockerung und Lösung des Bundes seiner Gegner. Der sozialpolitische Kampf zerriß das deutsche Bürgerthum, schwächt das ohnehin schon erschütterte Einvernehmen der gemäßigten liberalen Partei mit der Regierung, erweckt die größten Zweifel und Sorgen in dem besorgenen Innern der Regierung selbst. Warum sollten die Ultramontanen aller Länder Dies nicht mit Freuden gewahren, unsere deutschen eingeschlossen? Nachdem man so lange die Hauptziel-
scheibe des amtlichen Schießens gewesen ist, die vor Allen bekämpfte Opposition, thut eine Ruhepause um so wöhrer, als man allen Anzeichen nach der Kampfanfähigkeit nachgerade recht nahe gekommen war. Der Verbindung der empfangenen

Bunden und der Erneuerung unbrauchbar gewordener Waffen muß es höchst förderlich sein, wenn für einige Zeit die Nation in zwei andere Heerlager zerfallen will als für und wider Rom. Die Socialdemokratie kann leider nicht mehr ablenkend dienen, so mag es denn zur Abwechslung einmal die „Ranchesterpartei“ thun! Dies ist unzweifelhaft der geheime Trost unserer Römer, dem es Nichts abbrechen wird, wenn etwa der gutmüthige allgällige Herr Windthorst demnächst eine Gelegenheit ergreifen sollte, sich der armen verkannten und geschmähten Wandfester Männer gegen den Fürsten Bismarck oder selbst gegen Herrn von Bennigsen anzunehmen, gerade wie er sich ja auch der Socialdemokraten häufig annahm und ihnen doch gewiß von den Kaufmannschaften der Staatsanwaltschaft noch etwas mehr gönnte als seinen eigenen Leuten. Er braucht Das auch nicht bloß spöttisch und ironisch zu meinen. Der geschlagene Freihandel erweist seiner Partei den Dienst, daß sie ohne längeren Widerstand und Einspruch ihren gleichberechtigten Platz unter den übrigen parlamentarischen Fractionen einnimmt. Sie wird sozusagen rehabilitirt oder vielmehr erst völlig legitimirt durch den Zwang der heutigen Lage. Nachdem sie für ein dem Reichsanstaltler so sehr am Herzen liegendes Project, wie der Polltarifentwurf, den Ausschlag gegeben haben wird, kann man sie unmöglich noch länger auf der conservativen Seite als nicht ebenbürtig behandeln. Sie wird in der Reizung der Conservativen sogar wohl meistens noch über die Liberalen rüden. Das ist eine unvermeidliche Folge der uns bereitetten Situation, die man gutthut, sich bei Zeiten klar zu machen; und wir wollen nur wünschen, daß das Centrum darin schon „Lohn, der reichlich lohnet“ sehen möge, daß es nicht substantielleren Dank von der Regierung fordert und erlangt!

Politische Uebersicht.

Leipzig, 6. Mai.
Ueber das Befinden des Kaisers wird uns aus Berlin vom Montag geschrieben: „Daß der „Reichs- und Staatsanzeiger“ es heute Abend für nöthig hält, ein Bulletin des Dr. von Lawer über den Gesundheitszustand des Kaisers zu veröffentlichen, hat hier einige Benruhigung im Publicum erregt. Indes versichern private Berichte mit aller Bestimmtheit, daß keinerlei Grund zu ernstlichen Besorgnissen vorliege.“ Dieses Bulletin lautet: „Wiesbaden, den 3. Mai 1879. Se. Majestät der Kaiser und Königin sind seit dem 28. April durch eine Erkältung, welche sich in Heiserkeit ausprägte, verhindert gewesen, bei dem äußerst rauhen Wetter das Zimmer zu verlassen.“
Dr. von Lawer.“

Wolff's Telegraphenbureau meldet aus Wiesbaden, 5. Mai. Se. Majestät der Kaiser konnte gestern bei dem schönen Wetter mit der Frau Großherzogin wieder eine längere Spazierfahrt unternehmen und nahm heute die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Berponcher, Dirkl. Geh. Rath's Wilmowski und Geh. Legationsrath's v. Bülow entgegen. Zur Tafel sind heute der Prinz Alexander von Hessen, der Prinz Alexander von Salkenberg, der Landgraf und die Frau Landgräfin von Hessen und die Frau Prinzessin Louise von Preußen geladen.

Die der „Tr.“ gemeldet wird, steht aus Anlaß der goldenen Hochzeitfeier des Kaiserpaars ein Allerhöchster Gnadenbefehl bevor, auf Grund dessen einer Anzahl von mehr als tausend gefangenen Personen aus sämtlichen preussischen Strafgefängnissen die Freiheit geschenkt werden soll. „Die Amnestie wird sich auf solche Gefangene erstrecken, denen die betreffende Strafankalts-Directionen gute Führung bescheinigt hat, auf Grund deren der Justizminister die Begnadigung befürwortet hat. Daß die politischen Gefangenen und Verurtheilten anlangt, so werden von diesen im Ganzen nur wenige der Begnadigung theilhaftig werden und zwar, wie man glaubt, nur solche, die ein Gnadengeuch eingereicht und ein reumüthiges Bekenntniß abgelegt haben. Daß Graf Arnim nicht in diesen Act mit eingeschlossen ist, wird noch besonders bemerkt.“

Der Bundesrath hielt am Sonnabend, den 3. Mai c., eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsanstalters, Herrn Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde Mittheilung gemacht über die Ernennung des königlich bayerischen Generaldirectors der königlichen Verkehrsanstalten, v. Hocher, und des großherzoglich badischen Generaldirectors der großherzoglichen Staatseisenbahnen, Eisenlohr, zu Stellvertretern Bevollmächtigten zum Bundesrath. Zur Vorlage kamen Schreiben des Präsidenten des Reichstags über die Beschlässe des letzteren zu den Gesetzentwürfen, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln und betreffend die Wechselstempelsteuer. Die Vorlage, betreffend die Eisenbahn-Frachtbrief-Formulare, wurde den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Ausschüsse wurden ernannt über a) den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung. Der Gesetzentwurf wurde genehmigt. b) den Entwurf eines Gesetzes wegen Erwerbung der preussischen Staatsdruckerei für das Reich. Auch dieser Gesetzentwurf wurde nach den Ausschussanträgen genehmigt. c) die weitere Ausarbeitung von Goldmünzen. Es sollen bei den nächsten zur Rechnung der Reichsbank stehenden Goldausprägungen bis zur Höhe von 60 Millionen Mark nur Kronen geprägt werden. d) die anderweitige Vertheilung des Gesamtbetrags an Reichscassenscheinen auf die einzelnen Abtheilungen. Es sollen zunächst nur noch 60-Mark-Scheine aufgegeben werden. e) eine Eingabe, betreffend die Einlösung der Rindabschnitte überreicher Eisenbahnankleiben. Die Eingabe wurde dem Reichsanstaltler überwiesen. f) die Feststellung eines Nachtrags zum